



Weniger Menschen, mehr Zukunft?

Gesellschaft, Wirtschaft und Raumplanung im demografischen Rückgang

IUFE Jahrestagung vom 17. Februar 2026

Weniger Menschen, mehr Zukunft? Schrumpfende Bevölkerungen sind Realität – Demografischer Wandel ist Megatrend und muss von Politik in allen Facetten behandelt werden - Einwanderung löst das Problem nicht – Familienpolitik mit Fokus auf familienfreundliche Gesellschaft und Steigerung der Geburtenrate – Pensionssystem reformieren – Abwanderungsgemeinden unterstützen – Schrumpfung als Möglichkeit für systemische Änderungen nutzen

Zwei Drittel der Menschen weltweit leben in Ländern mit schrumpfenden Bevölkerungen, die Bevölkerung Deutschlands wird bereits weniger und auch Österreich wird, trotz Zuwanderung, ab etwa 2040 schrumpfen. Sinkende Geburtenraten und Alterung führen zu einem stark sinkenden Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und führen zu mannigfachen Herausforderungen. Diese beginnen mit der Anpassung von Sozialsystemen, betreffen das Zusammenleben und die individuelle mentale Gesundheit, Stichwort Einsamkeit, die Aufrechterhaltung von Infrastruktur in Schrumpfungsgemeinden, den dramatischen Mangel an Pflegekräften, besonders für Kurzzeitpflege im ländlichen Raum, sowie Verteilungsfragen, demokratische Repräsentation und ökonomische Entwicklung.

Die IUFE Jahrestagung behandelte zwei dieser zahlreichen Herausforderungen und stellte drei Frage:

1. Wie können Wirtschaften trotz schrumpfender Bevölkerungen wachsen?
2. Vor welchen Herausforderungen steht die Raumplanung?
3. Warum sinken die Geburtenraten weltweit und was könnte getan werden?

Dr. Thomas Fent von dem Vienna Institute for Demography begann mit einem Ausblick auf die weltweite Bevölkerungsentwicklung. Dr. Fent stellte in seinem Vortrag dar, dass die



Gesamtzahl der Menschen, bevor sie zu schrumpfen beginnt, zunächst noch stark ansteigen werde. Dieser vorrangig in Subsahara Afrika stattfindende Bevölkerungsanstieg werde zu weltweiten Belastungen führen. Dr. Mathias Binswanger (St. Gallen) legte dar, dass Wirtschaftswachstum systemimmanent sei und auch bei schrumpfenden Bevölkerungen stattfinden werde. Dies wurde anhand Japans dargelegt, welches aktuell bei schrumpfender, alternder Bevölkerung, ein moderates Wirtschaftswachstum verzeichnet. Jedoch, so legte Binswanger dar, sei das Festhalten an Wirtschaftswachstum mit Kosten verbunden, etwa steigender Staatsverschuldung. Ebenfalls bewirke ein steigendes BIP in den industrialisierten Staaten keinen Anstieg an Zufriedenheit mehr. Dr. Kurt Bayer plädierte für eine Annahme der Schrumpfung, die zu systemischen umbauten genutzt werden könnte. Anstatt Bevölkerungsschrumpfung durch Migration auszugleichen, sollten Fragen der Besteuerung und des Sinns von Arbeit diskutiert werden. Auch die Bedeutung des BIP als maßgebliche Messgröße kann infrage gestellt werden. Insgesamt könnte Schrumpfung eine Chance sein. Inwiefern der Arbeitskräfterrückgang von KI substituiert werden könnte, ist, hier herrscht Einigkeit der Vortragenden, noch nicht abgeschätzt werden.

Dr. Thomas Dillinger legte die regional sehr unterschiedliche Entwicklung Österreich dar. Wachsende Regionen stehen vor anderen Herausforderungen, als schrumpfende Regionen, in denen der Bevölkerungsrückgang der nächsten Jahrzehnte durchaus gravierend sein wird. Immerhin ein Drittel der Gemeinden in Österreich seien Abgangsgemeinden. In diesen Regionen stellten sich Fragen der Aufrechterhaltung von Infrastruktur und kommunalen sowie sozialen Leistungen. Gemeindebundpräsident Johannes Pressl berichtete von den zahlreichen Maßnahmen, die bereits in den Gemeinden getroffen würden. Besonders hervorgehoben wurden Projekte, die von der Bevölkerung für die Bevölkerung organisiert und von Gemeinden unterstützt werden. So gibt es Initiativen zur Bereitstellung von Mobilität sowie zur Organisation von sozialem Austausch. Herausforderungen sieht Pressl im Umgang mit nicht genutzten Immobilien sowie im Finanzausgleich.

Der britische Data Scientist und Regisseur Stephen Shaw illustrierte anhand seiner Dokumentation „Birth Gap“ den weltweiten Geburtenrückgang und diskutierte über Gründe der weltweit sinkenden Geburtenraten. Shaw sieht die zeitliche Verschiebung der Familiengründung als relevanten Faktor an; das Alter bei Erstgeburt ist steigend. Auf diese Weise würden viele geplante Familiengründungen nicht zustande kommen und Menschen gegen ihren Wunsch kinderlos bleiben. Eine Möglichkeit sieht Shaw in der breiten Aufklärung



über Schwierigkeiten später Familiengründung und der Ermöglichung von Familiengründungen während der Ausbildungsphasen.

Die Tagung zeigt die Bandbreite der Herausforderungen, die sich aus den demografischen Veränderungen ergeben.

Key Findings:

1. Schrumpfung ist Realität und wird auch Österreich betreffen.
2. Die Regionen werden nicht gleichermaßen betroffen sein, in schrumpfenden Gemeinden muss es zu Redimensionierungen kommen. Die dort lebende Bevölkerung darf jedoch nicht vergessen werden, Infrastruktur und soziale Leistungen müssen aufrechterhalten werden und die Bevölkerung dabei unterstützt, sich zu organisieren. Für leerstehende Häuser müssen Lösungen entwickelt werden, die für Gemeinde und Besitzer positiv sind. Um die Bevölkerung in schrumpfenden Gemeinden zu versorgen sind jedenfalls neue Wege zu beschreiten, auch mit technischen Lösungen (Telemedizin) oder etwa neuen Wohnformen. Gemeinden müssen mehr kooperieren. Der Umbau von Strukturen bedarf ein aktives Management von Gemeinden. Die Öffnungszeiten von Nahversorgern in Orten müssten verlängert werden, um die arbeitende Bevölkerung auch zu erreichen.
3. Zuwanderung kann weder den Arbeitskräftemangel stillen, noch ist sie eine nachhaltige Lösung für die Bevölkerungsschrumpfung, da auch die Geburtenrate migrierter Frauen sinkt.
4. Eine nachhaltige Reform des Pensionssystems, die auf die heutigen demografischen Bedingungen eingeht, ist unabdingbar und muss umgehend erfolgen.
5. Die sinkende Geburtenrate ist ein weltweites Phänomen, die Entwicklung in Österreich ist nicht landesspezifisch. Sie geht auf den Anstieg der kinderlos bleibenden Menschen zurück, welcher mit dem steigenden Alter bei Erstgeburt korreliert. Aufklärung über Fertilitätsfenster und Anregungen für frühere Familiengründungen könnten helfen, das Alter bei Erstgeburt wieder zu senken.
6. IVF und Social Egg Freezing haben, selbst bei staatlicher Finanzierung, keine steigende Auswirkung auf die Geburtenrate.
7. Wirtschaftswachstum ist auch in schrumpfenden Gesellschaften möglich, erwartet wird jedoch ein moderates Niveau, das mit hohen Staatsschulden einhergeht. Der Effekt von neuen Technologien ist jedoch noch nicht absehbar.



8. Familienpolitik sollte sowohl dem Wohl der Familien als auch gezielt der Steigerung der Geburtenrate dienen. Barrierefreiheit für Familien, family mainstreaming und keine Schlechterstellung von Eltern im Sozialsystem müssen angedacht werden.
9. Europa sollte innovationsfreundlich, leistungsfreundlich und familienfreundlich sein.

Der demografische Wandel ist ein Megatrend, der auch Österreich betrifft und verändern wird. Die politisch Verantwortlichen müssen dieses Thema ernst nehmen, in seiner Breite verstehen und bereit zu mutigen Reformen sein.